



ZWST
INFORMIERT

04
...
22

DER JUKO IST ZURÜCK

Nach 2 Jahren ist es wieder so weit.
Jugendkongress 2022 in Berlin

Seite 3



...
**DEUTSCH-ISRAELISCHER
FREIWILLIGENDIENST**
Teilnehmenden-Rekord
im Jahr 2022

Seite 6

...
**PSYCHOSOZIALE MOBILE
BERATUNG**
Ein innovatives Projekt im
Rahmen der Ukrainehilfe

Seite 8

...
ZWST IM GESPRÄCH
Mit Verena Bentele,
Präsidentin des
Sozialverbandes VdK

Seite 18

Jugendkongress 2022 in Berlin	
Interview mit Pia Lamberty.....	4
Ausstellung „Flutgeschichten“ in Berlin.....	5
Deutsch-Israelischer Freiwilligendienst	
Vielfältiges Fortbildungsprogramm für Incomer und Outgoer.....	6
Wie aus 6 Monaten 18 Monate wurden. O-Ton einer Outgoerin.....	7
Psychosoziale Mobile Beratung: Ein innovatives Projekt im Rahmen der Ukrainehilfe.....	8
Nähe und Distanz: Fortbildung zur psychosozialen Beratung und Krisenintervention.....	9
Langjähriges Engagement für die ZWST - 3 Nachrufe	
Ariel Keselman, langjährig aktiv im Inklusionsfachbereich Gesher.....	10
Regina Kon, langjährige Leiterin von Bildungsaufenthalten im Kurheim Beni Bloch.....	10
Dr. Noemi Staszewski, langjähriger Einsatz für Überlebende der Shoah.....	11
12 Jahre Omanut	
Ein Teamporrait.....	12
BMAS besiegelt „Aus“ für die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB).....	13
Wir stellen vor: Marina Shpitkovska, Finanzbuchhaltung.....	14
Schon lang dabei: Dienstjubiläen bei der ZWST.....	14
Synagogenzentrum Potsdam: Baufortschritt ein Jahr nach der Grundsteinlegung	15
Israelreise der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)	
Einzigartige Beziehung zwischen Deutschland und Israel.....	16
Ulrich Lilie bloggt. Der Präsident der Diakonie zur Israelreise der BAGFW.....	17
ZWST Interview - im Gespräch mit Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbandes VdK.....	18
ZWST-Kampagne zur Energiekrise: Zielgerechte Entlastung betroffener Bevölkerungsgruppen.....	20

EDITORIAL · von Abraham Lehrer, Präsident der ZWST



Liebe Freunde der ZWST, liebe Leser:innen, viele unserer Migrant:innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion erhielten in Deutschland keine Anerkennung ihrer, in ihrem Herkunftsland erworbenen, beruflichen Qualifikation und waren daher oft nicht in der Lage, sich eine auskömmliche Rente zu verdienen. Es blieb diesem Personenkreis daher nur die

Beantragung der Grundsicherung. Diese verhindert eine vollständige Verarmung, bringt jedoch gegenüber dem Status eines Rentners oder einer Rentnerin deutliche Nachteile mit sich.

Seit vielen Jahren führen daher die Zentralwohlfahrtsstelle und der Zentralrat der Juden mit den Parteien des Deutschen Bundestages, vor allem mit den jeweiligen Bundesregierungen Gespräche über die Lösung dieses Missstandes. Es wurden Möglichkeiten der Analogie zum Fremdrengengesetz, der Übernahme von Regelungen für Spätaussiedler oder Sonderwege für die jüdische Gemeinschaft geprüft. Die letzte große Koalition von CDU und SPD hat auf Grund unseres Insistierens in ihrem Koalitionsvertrag eine Fondslösung vereinbart, die über eine Einmalzahlung etwas Gerechtigkeit schaffen sollte. Die Finanzierung sollte jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden. Sie ist aber an einem Dissens zwischen Bund und Ländern gescheitert. Die Bun-

desregierung wollte andere Personengruppen in diese Lösung einbeziehen, jedoch lehnten die Bundesländer diese Vorgehensweise als verkappte Rentenfinanzierung ab. Diese sei nicht Sache der Länder. Einer Lösung nur für unsere Zugewanderten hätten sie zugestimmt.

Die jetzige Ampel-Koalition hat die Fondslösung in ihren Koalitionsvertrag übernommen, mit all den genannten Schwierigkeiten. Jedoch wurde der finanzielle Ansatz im Haushaltsplan mehr als halbiert und wir wurden im Glauben gelassen, der reduzierte Betrag sei nur für unsere Gemeindemitglieder gedacht. Der Bund hat die fehlende Zustimmung der Länder beklagt, die Länder monierten die Tricks der Bundesregierung.

Unter diesen Prämissen droht eine vernünftige und finanziell ausgewogene Lösung dieses Problems erneut zu scheitern. Wir werden zum Spielball der Politik und könnten zwischen Bund und Ländern zerrieben werden. Je länger es dauert, bis eine sinnvolle und auskömmliche Regelung herbeigeführt wird, sterben unsere Zugewanderten, ohne eine Anerkennung ihrer Lebensleistung erhalten zu haben.

Daher appelliere ich an Bund und Länder, sich endlich auf einen gemeinsamen Weg zu verständigen, der den mit uns vereinbarten Rahmen füllt.

Ihr Abraham Lehrer, Präsident der ZWST

„Der JuKo ist zurück“

NACH 2 JAHREN IST ES WIEDER SOWEIT: JUGENDKONGRESS 2022 IN BERLIN



© Foto: Gregor Zielke

Vom 15. bis 18. Dezember 2022 organisierte die ZWST in Kooperation mit dem Zentralrat der Juden die größte Tagung für jüdische junge Erwachsene in Berlin. Der Jugendkongress gehört seit vielen Jahren zu einer festen Einrichtung der ZWST und konnte nach 2 Jahren Pause aufgrund der Pandemie erstmals wieder organisiert werden. Zirka 300 junge Menschen im Alter von 18 bis 35 Jahren aus den verschiedensten Gemeinden Deutschlands trafen sich in Berlin. Das Thema des Jugendkongress 2022 lautete: „Die Zukunft gehört uns!“.

Für viele junge jüdische Menschen ist der Jugendkongress eine wichtige Vernetzungs- und Austauschplattform. Sie verstehen sich heute als fester Bestandteil der deutschen Zivilgesellschaft. Sie wollen mitreden und die Gegenwart und Zukunft dieses Landes mitgestalten. Im Rahmen des 4-tägigen Kongresses wurden den jungen Mitgliedern jüdischer Gemeinden Möglichkeiten und Vorbilder aufgezeigt, sich stärker an gesamtgesellschaftlichen, aber auch gemeindepolitischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und entsprechende Bedingungen hierfür einzufordern. Das Programm beinhaltete Vorträge, moderierte Gespräche, Workshops und Diskussionen mit vorwiegend jungen Journalist:innen, Politiker:innen, Publizist:innen und Aktivist:innen zu aktuellen Herausforderungen und Lösungsansätzen in Zeiten globaler Krisen.

Die Vielfalt der Themen reichte von „Politik im Krisenmodus“ (mit MdBs von SPD, den Grünen, CDU/CSU, der Linken), „Der Glaube an Verschwörungen“, „Die Rolle der Medien in Zeiten der Krise“ bis hin zu einem Austausch mit Vertreter:innen von Fridays for Future. Weiterhin hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, aktiv an Workshops teilzunehmen: zur Revolution im Iran, zu Rassismus und Antisemitismus im Fußball, zur politischen Situation in Israel oder zu den Herausforderungen, die der Krieg Russlands gegen die Ukraine für den Westen mit sich bringt.

Die Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) hielt im Rahmen des Jugendkongresses am Sonntag ihre jährliche Vollversammlung ab und wählte ihren Vorstand.

Im Rahmen der abschließenden Podiumsdiskussion wurde der Frage nachgegangen „Wem gehört die Zukunft?“.

Die ZWST hat sich mit einer prominenten Speakerin unterhalten: mit Pia Lamberty zu ihren Forschungen über die Gefahren von Verschwörungserzählungen (S.4).

Jugendkongress 2022 - ZWST Interview

Im Gespräch mit Pia Lamberty über die Gefahren von Esoterik und Verschwörungserzählungen und das Erfordernis von demokratischer Resilienz

4



© CeMAS

Du forschst als Sozialpsychologin seit Jahren dazu, warum Menschen an Verschwörungserzählungen glauben und welche Konsequenzen dieses Weltbild mit sich bringt. Wie bist du zu diesem Themenschwerpunkt gekommen? Welche Fragestellungen haben dich zu Anfang deiner Forschung beschäftigt?

„Ich habe mich immer viel damit auseinandergesetzt, warum Menschen andere Men-

schens abwerten und was man dagegen tun kann. Der Glaube an Verschwörungserzählungen ist etwas, das zum einen stark mit Feindbildern arbeitet und radikalisieren kann, zum anderen aber weit in der Gesellschaft verbreitet ist. Zu dem Zeitpunkt war die Sozialpsychologie auch noch recht am Anfang in der Forschung, es war also auch wissenschaftlich spannend, dabei zu sein, wie ein Forschungsgegenstand weiterentwickelt wird.“

Gemeinsam mit Katharina Nocun hast du drei Sachbücher herausgegeben. In eurem 3. Buch, ‚Gefährlicher Glaube‘ beschäftigt ihr euch mit der esoterischen Szene. Warum ist es insbesondere im Zuge der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eingrenzung der Corona-Pandemie interessant, dieses Feld genauer zu betrachten? Was ist an Teilen der Szene so gefährlich? „Esoterik und der Glaube an Verschwörungserzählungen haben große Überschneidungen. Das konnten wir auch in einer Studienreihe über alternative Heilverfahren vor der Pandemie zeigen. In Krisenzeiten gewinnt Esoterik oft noch einmal zusätzlich an Reichweite, das berichten auch viele Beratungsstellen. Gefährlich ist es zum einen im Gesundheitsbereich: Menschen suchen sich zum Teil lebensgefährliche Alternativen und vertrauen auf falsche ‚Gurus‘. Aber auch für unsere Demokratie ist es nicht unproblematisch. Esoterik propagiert alte Geschlechterklischees, Antisemitismus spielt eine Rolle, es kommt zu Täter-Opfer-Umkehr und Schuldzuweisungen. Letztendlich ist die Idee an sich nicht förderlich in einer Demokratie: Wissen, das nur wenigen Erleuchteten zugänglich sein soll, steht im Gegensatz zu einer aufgeklärten Gesellschaft.“

2021 hast du gemeinsam mit weiteren Expert:innen, die sich mit neurechten und rechtsextremen Milieus beschäftigen, das Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) gegründet. Kannst du die Schwerpunkte eurer Arbeit skizzieren? Welche Erkenntnisse aus eurer bisherigen Forschung haben euch dazu bewegt, eure Expertisen zu bündeln?

„CeMAS befasst sich mit Verschwörungserzählungen, Desinformation, Rechtsextremismus und Antisemitismus mit Fokus auf Entwicklungen im digitalen Raum. Unsere Digitalanalysen kombinieren wir mit bevölkerungsrepräsentativen Umfragen. Wir beraten Politik, Journalismus und Gesellschaft im Umgang mit diesen Phänomenen. Unser Ansatz zielt darauf ab, evidenzbasiert und theoriegestützt Empfehlungen abgeben zu können. Daher arbeiten wir in enger Verzahnung mit der Wissenschaft. Diese Kombination war uns wichtig und existierte in dieser Form bis dato nicht. Daher haben wir uns entschieden, CeMAS zu gründen.“

Im Zuge des Angriffskrieges auf die Ukraine, brach auch ein Desinformationskrieg aus, in dem Russland gezielt Propaganda nutzt, um gegen die Ukraine mobilzumachen. Dieses Phänomen ist kein neues. Wie kann man sich im Alltag am besten vor Desinformation und Propaganda schützen? „Ich denke, es braucht eine Kombination aus Wissen und ‚Awareness‘. Wissen über Strategien, die immer wieder genutzt werden und Narrative, auf die oft zurückgegriffen wird. Gleichzeitig sollten wir uns alle bewusst machen, dass wir manchmal falsche Dinge glauben können. Gerade in unsicheren Momenten passiert das schneller als uns lieb ist. Abzuwarten, bis die Informationslage besser ist, fällt den Menschen - gerade in Zeiten von Social Media - oft schwer.“

Der Jugendkongress ist eine Veranstaltung für junge jüdische Erwachsene: Was möchtest du den Teilnehmenden vermitteln? Welche Entwicklungstrends beobachtest du, die für junge jüdische Erwachsene besonders relevant sein können? „Die Demokratie ist fragil und steht immer mehr unter Druck. Desinformation ist für mich kein reines Informationsproblem, sondern zeigt die Schwächen unserer Demokratie. Die aktuelle Krisenlage wird nicht verschwinden, sondern ist Teil unserer Realität. Da braucht es (demokratische) Resilienz in der Gesellschaft. Ich würde gerne gemeinsam diskutieren, wie man diese stärken kann. Gleichzeitig sehe ich auch das Thema Krieg und Gewalt auf Social Media als wichtig an, es wird aber kaum diskutiert. In Israel oder der Ukraine gibt es da ein ganz anderes Bewusstsein als in Deutschland.“

Pia Lamberty ist Sozialpsychologin und Geschäftsführerin bei CeMAS - Center für Monitoring, Analyse und Strategie. Lamberty verortet sich an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft und klärt evidenzbasiert über Verschwörungserzählungen, Desinformation, Antisemitismus und Rechtsextremismus auf. Gemeinsam mit Katharina Nocun veröffentlichte sie die Sachbücher „Fake Facts - Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen“, „True Facts - Was gegen Verschwörungserzählungen wirklich hilft“ und „Gefährlicher Glaube - Die radikale Gedankenwelt der Esoterik“.

Ausstellung „Flutgeschichten“ in Berlin

VERNISSAGE AM 3. NOVEMBER IN DER ALTEN MÜNZE



Die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 hat in NRW und Rheinland-Pfalz große Zerstörung hinterlassen. Während die Phase der Akuthilfe abgeschlossen ist, besteht bei der betroffenen Bevölkerung nach wie vor ein hoher Bedarf an Angeboten zur Förderung der Rehabilitation. Es wurden erhebliche Potenziale identifiziert, den immer noch vorherrschenden Herausforderungen durch psychosoziale Unterstützung sowie soziale und kunsttherapeutische Projekte im Bereich Empowerment zu begegnen. Die Aktivitäten von IsraAID Germany e.V., Partnerorganisation der ZWST, zielen darauf ab, die bisher erzielten Erfolge nachhaltig zu verankern.

Im Rahmen der interaktiven Kunstausstellung „Flutgeschichten“, gefördert vom Hilfebündnis Aktion Deutschland Hilft, erzählen Betroffene und Helfer:innen ihre Geschichten von Wiederaufbau und Solidarität. Sie zielt darauf ab, die Verarbeitung der traumatischen Erlebnisse zu unterstützen und veranschaulicht gleichzeitig die immense Solidarität der lokalen und überregionalen Bevölkerung.

Der erste Ausstellungsort von Februar bis März 2022 war das Bürgerzentrum in Ahrweiler, begleitet von einem vielfältigen Programm. Konzipiert als Wanderausstellung, wurde sie in weiteren Regionen in Deutschland gezeigt und war im November auch in Berlin zu sehen. Hier waren sich zirka 65 Besucher:innen einig über die Bedeutung der Ausstellung - nicht zuletzt, um auch in Zeiten der Medienab-

stinenz für die Folgen des Hochwassers in Deutschland weiter zu sensibilisieren. Digitale Grußworte von Steffi Lemke (Bundesumweltministerin), Claudia Roth (Staatsministerin u. Bundeskulturbeauftragte) sowie Heike Raab (Staatssekretärin i.d. Staatskanzlei Rheinland-Pfalz) bekräftigten die hohe Relevanz der Ausstellung

Carlo Schenk und Beyza Corapcigil, (Projektleitung Flutgeschichten): „Die Eröffnung in der Alten Münze in Berlin war ein besonderer Abend, auf ganz verschiedenen Ebenen. Die betroffenen, freiwilligen Helfer:innen und Künstler:innen des Projektes haben einem neuen Publikum in der Hauptstadt ihre Geschichten gezeigt. Gemeinsam konnten wir nochmal innehalten und erinnern sowie den Blick in die Zukunft richten, in der starke Solidarität und persönliche sowie kollektive Krisenbewältigung sehr wichtig sein werden. Wir sind allen Menschen, die dieses Projekt ermöglichen, sehr dankbar.“

Ein Teil der Ausstellung war im Rahmen der aidex 2022 in Brüssel zu sehen (The Global Humanitarian Aid Event), bevor sie zum Ende des Jahres wieder zu ihrem Ursprungsort in Ahrweiler zurückkehrt.



Carlo Schenk mit Manuela Roßbach, geschäftsführende Vorständin von Aktion Deutschland Hilft

Und auch in diesem Jahr hält der DIFD seinen Rekord! 25 neue deutsche Freiwillige sind zum Ende des Jahres nach Israel geflogen und haben dort ihren Dienst in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen sowie in Krankenhäusern und Altenzentren begonnen. Durch die hohe Anzahl der Freiwilligen konnten neue Einsatzstellen erfolgreich akquiriert werden, unter anderem in Jerusalem, Raanana und Haifa. Anfang Juli hat sich der neue Outgoer-Jahrgang 2022/23 im Max-Willner-Heim auf den Dienst in Israel vorbereitet. Dazu gehörte eine Schulung über die Arbeit mit Menschen mit einer Behinderung durch Referent:innen des Inklusionsfachbereiches Gesher. Ende Oktober absolvierten die deutschen Freiwilligen ein Einführungsseminar im Rutenberg-Institut in Haifa. Hier trafen sie Freiwillige aus anderen Organisationen wie dem DRK oder dem Deutsch-Israelischen Verein (DIV). Zum Programm gehörte unter anderem der Umgang mit Menschen mit einer autistischen Erkrankung und Informationen über die israelische Politik und Gesellschaft.

Für 10 israelische Freiwillige, den neuen Incomer-Jahrgang 2022/2023, ging es Anfang September vom Frankfurter Flughafen direkt zum Vorbereitungsseminar im Max-Willner-Heim in Bad Sobernheim. Zu diesem Zeitpunkt fand gleichzeitig das Nachbereitungsseminar der deutschen Outgoer vom Jahrgang 2021/22 statt – eine glänzende Gelegenheit für neue Kontakte und Austausch. Vor allem die Israelis konnten neue lokale Kontakte in den Städten ihrer Einsatzstellen knüpfen: Berlin, München, Frankfurt und Stuttgart. Seit Beginn der Pandemie fand zum ersten Mal wieder ein Seminar mit beiden Gruppen statt, ganz im Sinne des Austausches als ein wichtiges Ziel des DIFD. Gekrönt wurde dieser Austausch durch die Teilnahme der Israelis an der größten Veranstaltung der ZWST für junge jüdische Erwachsene, dem Jugendkongress in Berlin im Dezember 2022.



Einführungsseminar für deutsche Freiwillige im Rutenberg-Institut, Haifa

Vielfältiges Fortbildungsprogramm FÜR INCOMER UND OUTGOER

Fortbildungen und Events für den Jahrgang 2021/2022

Die deutschen Freiwilligen hatten im Januar 2022 die Gelegenheit, im Norden Israels mehr über Minderheiten Israels zu erfahren. Dazu gehörte ein Besuch verschiedener Dörfer, in denen vor allem israelische, nicht-jüdische Minderheiten leben, z.B. Tscherkessen, ursprünglich aus dem Kaukasus. Im März hat die Gruppe die heiligste Stadt des Judentums erkundet und lernte mehr über Kultur und Geschichte Jerusalems. Dazu gehörte auch ein Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem. Der Dienst für die Freiwilligen dieses Jahrgangs endete im Juni in Tel Aviv mit einer Tour durch das wirtschaftliche Zentrum Israels und einer Reflektion ihres Dienstes.

Die israelischen Freiwilligen haben im Mai 2022 an der Jewrovision in Berlin teilgenommen und konnten so die Arbeit der jüdischen Jugendzentren in Deutschland „aus erster Hand“ erleben. Ende Juli absolvierte die Gruppe ihr 4-tägiges Abschlussseminar in Hamburg mit einem Besuch der Jüdischen Gemeinde und der Gelegenheit, den Stadtstaat im Norden Deutschlands kennenzulernen.

Wie aus 6 Monaten 18 Monate wurden

O-TON EINER OUTGOERIN

Chantal (21), kommt aus einem kleinen Dorf in Brandenburg bei Berlin. Sie startete ihren Dienst im September 2021 im ALUT-Wohnheim beit alhacarmel in Haifa und beendet ihn im Februar 2023. In dieser Einrichtung leben auf 3 Etagen 27 Bewohner:innen mit einer autistischen Erkrankung. Mit 3 anderen Freiwilligen wohnt sie in einer Wohngemeinschaft in der Einsatzstelle.

„Mein Start im Rahmen des DIFD war eigentlich eher untypisch. Letztendlich war es eine Freundin, die mich motiviert hat, über die ZWST einen Freiwilligendienst in Haifa zu absolvieren. Es war ein Start ins komplett Ungewisse, mit dem Gedanken, 6 Monate

Anfang war frustrierend und wunderschön zugleich. Doch mein Englisch wurde sehr schnell viel besser und mein Hebräisch ist vom täglichen Hören so gut geworden, dass ich mich ohne Probleme mit den Friends verständigen kann. Aus meiner Perspektive sind die Menschen hier sehr viel offener und hilfsbereiter. Wir wurden langsam an die Arbeitsabläufe herangeführt, wir begleiten die Friends in ihrem Alltag: Gemeinsames Frühstück, kreatives Arbeiten, Unterstützung der Motorik, Spiele, Musiktherapie, Abendessen, ins Bett bringen. Ich habe die Bewohner sehr in mein Herz geschlossen.

Außerhalb der Arbeit bin ich viel gereist, habe das Land erkundet und viele neue Menschen kennengelernt. Ich bin sehr viel offener geworden, mein Selbstvertrauen ist gestiegen. Natürlich ist nicht alles perfekt, es gibt anstrengende Schichten, die Kultur ist sehr viel anders und natürlich auch die Sprache. Es ist jedoch in jeder Hinsicht ein Privileg, diesen Freiwilligendienst machen zu können, neue Kulturen kennenlernen, mehr Verständnis dafür zu bekommen, wie es ist, als Ausländer in einem fremden Land



DIFD-Projektleiter Erik Erenbourg (li.) besucht deutsche Outgoer in Haifa, li.u.: Silvi Behm, pädagogische Begleiterin und Mentorin des DIFD in Israel

außerhalb von Deutschland zu leben. Zu diesem Zeitpunkt war mein Englisch schrecklich und mein Hebräisch hat sich auf ‚Shalom‘ beschränkt. Vor dem Freiwilligendienst hatte ich neben der Schule mit Menschen mit Behinderung gearbeitet. Doch ich war zunächst sehr überfordert: eine neue Umgebung, neue Menschen, mit denen ich zusammenlebe bzw. auch arbeite, eine neue Sprache. Doch dank meiner wundervollen Mitbewohnerinnen habe ich mich schnell eingewöhnt. Die Arbeit war überwältigend, neue Bewohner ‚Friends‘ kennenzulernen, die nur Hebräisch verstehen, neue Kolleg:innen zu treffen, die nur Englisch sprechen. Der

zu leben. Der Freiwilligendienst ist für mich nicht nur eine Auslandserfahrung, er hat mir ein zweites Zuhause geschenkt und ich bin dankbar für alles, was ich lernen durfte und weitergeben kann. Mein Rat an alle Interessierten: Macht euch nicht so viele Sorgen, wie ich vorher. Ich verspreche euch: Es wird eine großartige Erfahrung, egal wie schwer es sich am Anfang anfühlt. Ich dachte, 6 Monate sind viel, nun fühlen sich 18 Monate so wenig an. Israel ist ein facettenreiches Land, wunderschön in den verschiedenen Landschaften, kulturell bereichernd und besonders die Menschen dort sind einmalig.“

Psychosoziale Mobile Beratung

EIN INNOVATIVES PROJEKT IM RAHMEN DER UKRAINEHILFE



Seit Juni 2022 sind die psychologischen Fachkräfte Julia Selivon und Dr. Andrey Smotritskiy als mobiles psychosoziales Beratungsteam der ZWST aktiv. Sie betreuen und beraten aus der Ukraine geflüchtete Menschen an verschiedenen Standorten in Deutschland in Einzel- und Gruppenberatung sowie bei Bedarf telefonisch oder per online-Chat.

Julia und Andrey sind ein Beispiel dafür, wie Menschen in schwierigen Lebenssituationen es schaffen, ihre Potenziale für andere einzusetzen und damit auch sich selbst zu helfen. Beide sind kurz nach Ausbruch des Krieges Anfang März mit Familienangehörigen aus Kiew geflüchtet. Nach einer Initiativbewerbung bei der ZWST unterstützen sie mit einem mobilen Angebot die integrative Arbeit der ZWST auf psychosozialer Ebene. Aktuell werden rund 70 Personen an 6 Standorten betreut, geplant ist die Erweiterung des Angebotes. Bei den Zielgruppen handelt es sich um Frauen mit Kindern, Jugendliche sowie Männer und Frauen im Alter zwischen 16-83 Jahren. Folgende Themen stehen im Fokus der Beratungen: Schwierigkeiten, sich in einer neuen Gesellschaft zurecht zu finden, berufliche Fragen, Zukunftsängste, Fragen nach Lebensperspektiven in Deutschland, Kommunikation mit Behörden und anderen Institutionen, Stress durch die Entfernung zu geliebten Menschen und Distanz zur Heimat, allgemein emotionale Unterstützung, Sinnverlust und Suche nach neuen Ressourcen, psychosomatische Probleme, Suchtprobleme (Medikamente, Alkohol). Auch im Rahmen der Freizeit der ZWST für geflüchtete Familien im Max-Willner-Heim wurde die Beratung der beiden Psychologen gerne in Anspruch genommen.

Julia (34), klinische Psychologin: „In den ersten Monaten war es unglaublich schwierig zu akzeptieren, was in deiner Seele, deinem Leben, deinem Land passiert. Aber dank des Wissens, das ich

während des Studiums an der Fakultät für Psychologie erworben habe, begann ich nach Ressourcen zu suchen. Ich akzeptierte, was in meinem Leben passiert und bin dankbar, dass wir in Sicherheit sind. Ich traf viele freundliche, offene und weise Menschen. Jede Geschichte verdient definitiv einen einzigen Artikel. In einem Gespräch mit einer wunderbaren Person in der jüdischen Gemeinde Frankfurt hörte ich, dass es für mich genug Arbeit gibt. In dieser Situation waren diese Worte ein Rettungsanker. Mir wurde eine Stelle in einer Organisation mit Werten, Sinn und einer freundlichen, fürsorglichen und liebevollen Atmosphäre angeboten. Während der Arbeit spüre ich, wie der Prozess der inneren Genesung und Stabilisierung abläuft, sowohl für diejenigen, die psychologische Hilfe erhalten möchten, als auch für mich. Indem wir verstehen, wie unsere Psyche funktioniert und uns selbst und einander unterstützen, haben wir alle Möglichkeiten, Traumata zu minimieren und den Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft zu legen. Wenn man bedenkt, dass alle Ukrainer jetzt eine sehr breite Palette von Emotionen und Gefühlen erleben, erinnere ich mich an den Satz von Sigmund Freud: 'Unterdrückte Emotionen sterben nicht. Sie wurden zum Schweigen gebracht. Und sie beeinflussen eine Person weiterhin von innen.'“

Andrey (53), Diplom Psychologe: „Ein 97-jähriger Klient im jüdischen Seniorenzentrum in Frankfurt, der im März aus Kiew nach Frankfurt evakuiert wurde, feierte vor ein paar Wochen seinen Geburtstag. Er sagte mir, dass es für ihn wichtig sei, dass ich jüdisch und auch aus der Ukraine bin. Sie sind einer von uns, einer, der nicht nur Mitgefühl hat, sondern auch viel Verständnis. Ich muss Ihnen nicht viel erklären... Wissen Sie, wir sollen den anderen Menschen auch helfen. So sprach der Mann, der selbst vor 80 Jahren die Shoah überlebt hat und jetzt wieder vom Krieg betroffen ist.“

Nähe und Distanz

FORTBILDUNG ZUR PSYCHOSOZIALEN BERATUNG UND KRISENINTERVENTION

IM GESPRÄCH MIT IONKA SENGER
DIPL.SOZIOLOGIN UND COACHERIN

Die psychosoziale Beratung in den Sozialabteilungen der jüdischen Gemeinden steht aufgrund der Auswirkungen des Ukrainekrieges vor besonderen Herausforderungen. In den jüdischen Gemeinden arbeiten sehr oft Fachkräfte mit Zuwanderungshintergrund aus der Ukraine, was aufgrund der sprachlichen Nähe - zunächst - von großem Vorteil ist. Warum ist gerade in diesem Zusammenhang eine Balance von Nähe und Distanz wichtig? „Die Balance zwischen Nähe und Distanz ist in der sozialen Arbeit ein Generalthema. Immer, wenn eine - hier biografische - Nähe gegeben ist, gibt es die Gefahr von ‚Fallen‘, hier nur ein paar Beispiele: Identifikation mit dem/der Klient:in und daher eine falsche Beurteilung des Beratungsbedarfes. Man zieht keine Grenze und wird daher über die eigene Kraft hinaus involviert. Aufgrund der Nähe fehlt die professionelle Distanz und man bietet Freundschaft an, die man sehr wahrscheinlich nicht einlösen kann. Man bietet dem/der Klient:in illusionäre, weil aus eigener Perspektive gewünschte, Lösungen an.“

Welche Möglichkeiten einer Selbstreflexion haben die Berater:innen? „Wünschenswert wäre in allen Sozialabteilungen eine regelmäßige Supervision. In Seminaren kann nur punktuell auf Fälle und die damit einhergehenden Belastungen eingegangen werden. Vor allem sehr fordernde Klient:innen, psychisch erkrankte Personen, traumatisierte Menschen und Fälle, in denen ein ganzes Familiensystem Rat und Unterstützung benötigt, werden als kräftezehrend wahrgenommen. Das war auch im Seminar so und wurde mithilfe von Fallarbeit, Rollenspielen und kollegialer Beratung bearbeitet.“

Welche Bereiche der psychosozialen Beratung und Krisenintervention sollten aus Ihrer Perspektive verstärkt geschult werden? „Da soziale Arbeit in den Sozialabteilungen der jüdischen Gemeinden immer in sehr kleinem Umfeld - man kennt sich! - stattfindet, sollten vor allem Abgrenzungsmöglichkeiten besprochen und interaktiv vermittelt werden. Außerdem sind Konflikte und deren Bearbeitung nach meiner Erfahrung ein wichtiges Thema: mit Klient:innen, innerhalb der Teams und mit den Gemeindeorganen (Vorstände, Dezernent:innen). Außerdem ist es wichtig, dass die Mitarbeitenden in den Sozialabteilungen Instrumente der Selbstfürsorge kennen- und nutzenlernen, unter anderem auch Burnout-Prävention. Und natürlich Kommunikation und Kooperation auf allen Ebenen: wie kommuniziere ich erfolgversprechend mit wem, wie kann ich Kooperationspartner:innen gewinnen und halten.“



Psychosoziale Beratungskompetenzen nehmen in der Sozialen Arbeit einen zentralen Stellenwert ein. Für die Sozialabteilungen der jüdischen Gemeinden bringt der wachsende Bedarf nach qualifizierter psychosozialer Beratung neue qualitative und quantitative Herausforderungen mit sich. Die ZWST führt kontinuierlich Fortbildungen zum Thema „Psychosoziale Versorgung und Krisenintervention“ durch, initiiert sowie seit rund 20 Jahren organisiert und geleitet von Graziella Gubinsky (ZWST-Sozialreferat). Sie richten sich an hauptamtlich beschäftigte Sozialarbeiter:innen und im psychosozialen Beratungsbereich hauptamtlich tätige Mitarbeiter:innen jüdischer Gemeinden und Seniorenzentren.

Im Seminar vom 19. bis 21. September ging es einleitend im Zoom-Gespräch mit Marina Chernivsky, Leiterin des Berliner Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment, um besondere Herausforderungen in der psychosozialen Beratung durch die psychischen Folgen des Ukrainekrieges. Im Fokus der Fortbildung standen die Themen „Nähe und Distanz“ sowie Selbstreflexionsmöglichkeiten von Berater:innen mit Ionka Senger, Diplom-Soziologin und Coacherin in Frankfurt/M. in Form von Fallarbeit, Rollenspielen und kollegialer Beratung. Zum Programm gehörte weiterhin eine Vertiefung psychologischer Beratungsansätze in Theorie und Praxis, vermittelt durch Prof. Dr. Rainer Hess, langjähriger fachlicher Begleiter dieser Fortbildungsreihe.

INFO 2023

Supervisionssitzungen im Frühjahr 2023 per Zoom!
Kontakt: gubinsky@zwst.org, Tel.: 069/94 43 71-14

Seminar „Psychosoziale Versorgung u. Krisenintervention“
Termin: 24.-27. Juli 2023 in Frankfurt

Nachruf

Regina Kon - Ariel Keselman

10

Ariel Keselman, langjährig aktiv im Inklusionsfachbereich Gesher



Es war ein langer Abschied. Schon Ende 2020 erreichte uns die Nachricht, dass Ariel Keselman sel.A. durch einen Schlaganfall kaum noch am Leben teilhaben konnte. Im Juli 2022 ist er gestorben.

Ariel hat den Inklusionsfachbereich Gesher seit vielen Jahren begleitet.

Er war unser Mann des Sportes und der Bewegung im Rahmen der Inklusionsfreizeiten. Kein Wunder, er war viele Jahre Präsidiumsmitglied von Makkabi Deutschland und hat den Verband sportlich mit exzellenter Talentakquise vorangebracht und die

Ortsvereine kontinuierlich beraten und unterstützt. Auf unnachahmliche Art und mit seinem ganz besonderen Humor ist es ihm immer wieder gelungen, auch die Bequemsten unter uns zu motivieren, sich vom sportlichen Wettkampf anstecken zu lassen und gemeinsam Spaß zu haben, sei es beim Schach, Badminton, beim Ballspiel oder Gymnastik. Seine Spiel- und Sportideen legte er so an, dass alle mitgenommen werden konnten. Ariels lebensfrohe und humorvolle Art, die immer geprägt war von respektvollem Umgang miteinander, wurde von allen sehr geschätzt. Besonders für unsere Teilnehmenden war dies wichtig, denn Humor und Freude lässt Barrieren weichen, ebnet Wege und schafft Verbindungen zueinander.

Ariel ist für uns unersetzbar und wir vermissen ihn sehr. Möge er da, wo er jetzt ist, für das gleiche Schmunzeln sorgen, das er uns so oft entlockt hat.

Jörg Kaminski, Judith Tarazi, Inklusionsfachbereich Gesher

Regina Kon, langjährige Leiterin von Bildungsaufenthalten in Bad Kissingen



Wir trauern um Regina Kon sel. A., die am 3. Oktober 2022 unerwartet von uns ging.

Regina Kon wurde 1951 in Moskau geboren und studierte Musikwissenschaft an der namhaften Gnessin-Musikakademie. 1999 kam Regina nach Würzburg. Sie integrierte sich schnell und harmonisch in das Leben der Is-

raelitischen Kultusgemeinde Würzburg, war 2002 Mitgründerin der Kreativen Gruppe „Menora“ und organisierte ehrenamtlich vielfältige Aktivitäten, die das jüdische Leben in Würzburg mit der Stadt Würzburg verbunden haben.

Parallel zu ihrem ehrenamtlichen Engagement leitete Regina seit vielen Jahren die Bildungs- und Integrationsaufenthalte für Senior:innen im Kurheim Beni Bloch in Bad Kissingen. Mit großem

Respekt, Professionalität und Einfühlungsvermögen übernahm sie die Turnusse anlässlich der Hohen Feiertage im Kurheim Beni Bloch, an denen nicht nur Senior:innen aus der ehemaligen UdSSR, sondern auch Privatgäste teilnehmen. Als Leiterin, Übersetzerin und nicht zuletzt vertraute Ansprechpartnerin hat Regina souverän und mit viel Neschume für alle Teilnehmenden und Mitarbeitenden einen geschützten und herzlichen Raum geschaffen.

Die Fortbildungsseminare für die Leitenden und Co-Leitenden der Bildungsaufenthalte in Bad Kissingen bereicherte Regina mit Ideen zur Motivation und aktiven Mitgestaltung der Turnusse durch die teilnehmenden Senior:innen.

Als regelmäßige Teilnehmerin an ZWST-Seminaren für Chorleitende in jüdischen Gemeinden hat Regina Kon ihre Erfahrung aus der Arbeit mit der Kreativen Gruppe „Menora“ in die Seminararbeit einfließen lassen. Sie war eine engagierte und dankbare Teilnehmerin dieser Seminare und hat die kreative Atmosphäre mitgestaltet.

Mit Regina erleben wir einen großen Verlust und trauern zusammen mit ihrer Familie.

Ilya Daboosh, Leiter des Sozialreferates der ZWST

© IKG Würzburg

Dr. Noemi Staszewski, langjähriger Einsatz für Überlebende der Shoah



© Rafael Herlich

Dr. Noemi Staszewski sel. A., langjährige Wegbegleiterin und Mitarbeiterin der ZWST, starb am Mittwoch, den 30.11.2022 nach langer und schwerer Krankheit im Alter von 68 Jahren.

Die Sozialpädagogin und Psychotherapeutin Noemi Staszewski wurde 1954 in Ost-Berlin geboren. Sie begann Anfang der 90er-Jahre für die ZWST zu arbeiten und leitete zunächst das Pädagogische Zentrum. Die Versorgung sowie niedrigschwellige Angebote für Überlebende der Shoah und ihre Angehörigen waren ihr ein Herzensanliegen. Gemeinsam mit weiteren Fachkräften und Engagierten gründete sie 2002 schließlich den "Treffpunkt", eine psychosoziale Kontakt- und Begegnungsstätte für Überlebende der Shoah und ihre Angehörigen in Frankfurt am Main.

Der Frankfurter Treffpunkt wurde als Pilotprojekt ins Leben gerufen, nach dessen Modell über 30 weitere Standorte in ganz Deutschland gegründet wurden. Eine Besucherin beschrieb den Treffpunkt zum zehnjährigen Jubiläum wie folgt: „Im Treffpunkt fühlen die Überlebenden, dass man sich um sie sorgt, man ihnen zuhört: ein sicherer Ort zum Treffen mit Schicksalsgenossen.“

Für Noemi Staszewski sel. A. war die Schaffung dieser Räume und die Professionalisierung der Arbeit mit Überlebenden, aber auch mit ihren Angehörigen, eine Lebensaufgabe. Sie vernetzte sich unermüdlich mit Expert:innen aus aller Welt, der Frankfurter Treffpunkt wuchs von einem Pilotprojekt zu einer festen Institution heran, über die zeitweise knapp 400 Menschen versorgt wurden, und arbeitete ständig daran, die Angebote zu erweitern.

Für ihre Verdienste wurde Noemi Staszewski sel. A. im März 2021 das Bundesverdienstkreuz durch Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier verliehen.

Zu ihrem Tod erklärt die ZWST:

„Der Tod von Noemi Staszewski erfüllt uns mit tiefer Trauer. Sie hinterlässt eine große Lücke. In unterschiedlichsten Funktionen war sie eine ständige Begleiterin der ZWST, als professionelle Fachkraft, als Freundin, als Vertraute im Einsatz für vulnerable Zielgruppen - allen voran Überlebenden der Shoah und ihren Angehörigen. Über drei Jahrzehnte hinweg prägte sie die Arbeit der ZWST in diesem Bereich und darüber hinaus. Sie trug maßgeblich dazu bei, Beratungsstrukturen und Anlaufstationen für Überlebende in Deutschland zu initiieren, zu professionalisieren und bundesweit zu etablieren.

Die psychosoziale Begleitung hoch- und mehrfachtraumatisierter Menschen sowie die Weiterbildung von Fachkräften, Einrichtungen und Ehrenamtlichen zählt zu den Vermächtnissen, die sie uns und unserer Arbeit hinterlässt.

Noemi Staszewski hat durch ihr Wirken Überlebenden und ihren Angehörigen einen geschützten Raum geschaffen, der für so viele unerlässlich wurde und ihnen nach den Grausamkeiten der Shoah wieder mehr Teilhabe ermöglichte.

Die ZWST und die jüdische Gemeinschaft in Deutschland verlieren mit Noemi Staszewski eine herausragende Persönlichkeit der jüdischen Sozialarbeit. Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrer Familie. Die ZWST wird Noemi Staszewski stets ein ehrendes Andenken bewahren.“

Baruch dayan ha-emet - möge ihr Andenken ein Segen sein



© Bundesregierung / Steffen Kugler

12 Jahre Omanut

12

EIN TEAMPORTRAIT



Chanukka-Basar in Berlin. v.li.: Judith Tarazi (Leiterin), Inessa Gorodetskaja, Ziva Maier, Jörg Kaminski, Vera Rey. Nicht im Bild: Boris di Lizio

Das Berliner Kunstatelier Omanut organisiert seit 12 Jahren eine künstlerisch orientierte Tagesbetreuung, gefördert von Aktion Mensch e.V. Es ist offen für alle, die aufgrund einer Behinderung, einer Lebenssituation oder einer Krise einen geschützten familiären Raum suchen, ihren Tagen Struktur geben möchten und kreativ arbeiten wollen: im Malatelier sowie in der Kerzen- oder Holzwerkstatt. Ausflüge und sogar eine kleine Reise gehören auch zum Angebot. Darüber hinaus sind alle willkommen, die Beratung, Kontakt und Austausch in jüdischer Atmosphäre suchen. Omanut bietet rund 20 Teilnehmenden zwischen 20 und 80 Jahren die Möglichkeit, ihre Potenziale zu entfalten. Das Omanut als besonderer Ort gelingt mit einem engagierten Team:

Judith Tarazi (57, Grafikerin, Kunsttherapeutin, Sozialarbeiterin, seit 2012 Leiterin des Ateliers): „Ich kann mir keine schönere Arbeit vorstellen: Menschen die Möglichkeit zu geben, sich künstlerisch auszudrücken, in Kommunikation mit anderen zu treten, eine gute Zeit in warmer Atmosphäre zu verbringen und bei Bedarf auch beraten zu werden. Das klappt nur in einem Team, das sich kennt, vertraut und gut versteht.“

Inessa Gorodetskaja (60, Dipl.Ingenieurin aus Belarus, seit Gründung pädagogische Fachkraft im Omanut): „Mir ist es wichtig, dass sich jeder als Künstler:in fühlt, es gibt kein Richtig oder Falsch, sondern Vielfältigkeit und Individualität. Wir sind ein Ort für Begegnungen, Gespräche, Kreativität in einem jüdischen Umfeld. Wir bieten den Teilnehmer:innen die Möglichkeit, ihre Werke in der Öffentlichkeit zu präsentieren und die Wertschätzung der Gesellschaft zu wahrzunehmen.“

Vera Rey (65, Grafikerin, Studium Visuelle Kommunikation, therapeutische Kunstpädagogin, seit 2012 künstlerisch-pädagog. Begleitung u. EUTB-Beratung): „Mich motiviert jeden Tag aufs Neue die abwechslungsreiche Arbeit. Ich will das Herz unserer Teilnehmer:innen erreichen und sie gleichzeitig darin fördern, ihre Ressourcen zu entdecken und ihr Selbstwertgefühl mit viel Freude an ihrem Schaffen zu stärken.“

Boris di Lizio (geb. in Frankreich, lebt seit 22 Jahren in Berlin, seit 2016 im Team): „Wenn ich an das Atelier denke, sehe ich einen hohen Baum mit stabilen Wurzeln und viel Raum für grüne Blätter. Im Talmud steht geschrieben ‚Ein Baum wächst in verschiedene Richtungen‘. So ist Omanut für mich.“

Ziva Maier (geb. in Israel, lebt seit 2014 in Berlin, ist seit 2016 im Team): „Das Atelier ist für mich mein zweites Zuhause.“

Jörg Kaminski (56, hat einen handwerklichen u.kaufmännischen Hintergrund, zwischenzeitlich EU-Rentner. Er ist seit 2012 im Team, zunächst ehrenamtlich, dann im Rahmen eines Minijobs): „Meine Schwerpunkte sehe ich in der Kommunikation und Beratung. Insbesondere im Erkennen und Stärken von Ressourcen, also im aktiven Empowerment, der Hilfe zur Selbsthilfe, auch im Rahmen der EUTB-Beratung.“

Im Jahr 2022 wurde vieles wieder organisiert, was aufgrund der Pandemie nicht stattfinden konnte: Dazu gehörten ein festlicher Seder im Atelier zu Pessach und ein Stand des Ateliers im Rahmen des Israel-Tages der Deutsch-Israelischen



Digitalisierungskurs im Kunstatelier Omanut

Gesellschaft. Der RBB drehte eine Dokumentation über das Atelier, die im Abendprogramm in der Sendung Studio 3 ausgestrahlt wurde. Zu Jom HaShoah haben sich die Teilnehmenden und das Omanut-Team an der öffentlichen Namenslesung der ermordeten Berliner Jüdinnen und Juden beteiligt. Inspiration brachte ein Ausstellungsbesuch in der Berliner Gemäldegalerie. Für die Menschen in der Ukraine wurde eine große Menge lang brennbarer Kerzen erstellt und als Spende mit den von Berlin aus organisierten Hilfstransporten in die betroffenen Gebiete gebracht.

Digitalisierung: Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig digitale Kenntnisse sind. Der Kenntnisstand der Teilnehmer:innen des Ateliers ist diesbezüglich heterogen. Um die Teilhabe zu fördern, findet ein von Aktion Mensch unterstützter, wöchentlicher Digitalisierungskurs unter der Leitung eines IT-Pädagogen statt. Hier werden praktische Fragen rund um Computer-, Tablet- und Handynutzung, aber auch theoretische Grundlagen wie zum Beispiel der Datenschutz thematisiert.

Jüdische Galerie Omanut: Die Galerie ist Ausstellungsort des Ateliers und bietet als kulturelle Dependence des Berliner Büros der ZWST auch Künstler:innen mit Behinderung aus anderen Organisationen und jüdischen Künstler:innen in Berlin eine Ausstellungsplattform. Ende Juli endete die Mosaikausstellung des Ateliers mit einer gut besuchten Finissage. Aktuell befindet sich ein Kunstprojekt mit der Künstlerin Shlomit Lehavi in der Planung. Es handelt sich um eine Installation zum Thema Dschungel, die in der Galerie Anfang 2023 stattfinden wird - eine Kombination aus Malerei, Kostümen, Musik und Rauminstallation.

Die Netzwerkarbeit im Kunstatelier Omanut und im Rahmen der EUTB konnte im Jahr 2022 mehrheitlich wieder in Präsenz stattfinden. Dazu gehörten der Austausch im Fachforum der AWO für Migration und Behinderung, im selbstverwalteten Berliner EUTB-Netzwerk und auf bezirklicher Ebene im Behinderten- und Migrationsbeirat.

BMAS besiegelt „Aus“ für die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB)

In den Räumen des Omanut unterstützt das niedrigschwellige Beratungsangebot EUTB seit 2018 Menschen mit Behinderung, von Behinderung bedrohte Menschen, aber auch deren Angehörige kostenlos in allen Fragen der Rehabilitation und Teilhabe. Die kultursensible, mehrsprachige und auf Personen mit Migrationshintergrund spezialisierte EUTB fällt nun einer neuen Förderrichtlinie zum Opfer, die einzig und allein einer quantitativ gleichmäßigen Verteilung je Bundesland folgt. Noch 2019 hatte Staatssekretärin Kerstin Griese bei ihrem Besuch den Willen

ihrer Behörde, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), das EUTB-Programm nicht nur zu verlängern, sondern auch mit besseren finanziellen Mitteln auszustatten, bekräftigt. Dieser Wunsch wird sich nun nicht erfüllen. Das BMAS hat das Aus für die einzige Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung in jüdischer Trägerschaft besiegelt. Angesichts der großen Nachfrage, gerade auch für Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund, bedauert die ZWST diese politische Entscheidung.

Wir stellen vor

14

MARINA SHPITKOVSKA, FINANZREFERAT



Herzlich willkommen !

Kurzvita

Marina Shpitkovska (30), geb. in Kiew (Ukraine), ist mit ihren Eltern im Jahr 1995 nach Deutschland eingewandert und hat ihr Abitur in Offenbach am Main absolviert. Von 2013 bis 2016 hat sie an der Johannes- Gutenberg-Universität in Mainz Wirtschaftswissenschaften studiert. Von 2017 bis 2021 hat sie ein Masterstudium in BWL mit

Schwerpunkten in Finance und statistischen Verfahren in Gießen absolviert. Beide Studiengänge waren von Auslandsaufenthalten in Kiew und Peking begleitet.

Während ihres Masterstudiums war sie als freie Mitarbeiterin im Inklusionsfachbereich Gesher der ZWST tätig. Zu ihren Aufgabenschwerpunkten zählten: Kostencontrolling von Projekten, Verwendungsnachweise sowie Förderantragsstellung. Seit Oktober 2022 ist Marina im Team der Finanzbuchhaltung in den Bereichen Rechnungs- und Förderwesen im Finanzreferat der ZWST fest angestellt.

„Bei der ZWST kann ich meine Leidenschaft für soziale Projekte mit meiner Affinität für Zahlen verbinden und dabei eine gemeinnützige Organisation unterstützen. Es macht mir riesigen Spaß, mit großartigen Kolleg:innen zu arbeiten und von ihren Erfahrungen zu profitieren. Ich freue mich darauf, meine Fähigkeiten und Talente bei der ZWST, einer Organisation mit maßgeblicher historischer Bedeutung und vielfältigem sozialen Engagement für in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden, einzusetzen.“

Schon lang dabei

DIENSTJUBILÄEN BEI DER ZWST: HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Anatol Purnik

Februar 2022: 25 Jahre

Sozialreferat

Seminarleitung und -organisation

Marina Chernivsky

Oktober 2022: 20 Jahre

Kompetenzzentrum für
Prävention und Empowerment, Leitung

Inessa Gorodetskaia

Juni 2022: 10 Jahre

Kunstatelier Omanut

Synagogenzentrum Potsdam

BAUFORTSCHRITT EIN JAHR NACH DER GRUNDSTEINLEGUNG

15



Richtfest im strömenden Regen. v.li.: Gerit Fischer (Geschäftsführerin des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen), Katrin Lange (Finanzministerin), Dietmar Woidke (Ministerpräsident des Landes Brandenburg), Manja Schüle (Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur), Abraham Lehrer (Präsident der ZWST). Foto: Volker Tanner, Staatskanzlei

Andreas Lenz, Baukoordinator der ZWST, lobt den Baufortschritt und betont die erweiterten Maßnahmen zur Barrierefreiheit: „Über ein Jahr nach der feierlichen Grundsteinlegung am 8. November 2021 und vier Monate nach dem Richtfest am 26. August 2022 kommt das Vorhaben mit großen Schritten seinem Ziel, einen zentralen Ort jüdischen Lebens im Land Brandenburg und der Stadt Potsdam zu schaffen, schnell näher. Der Rohbau ist termingerecht und mit hoher Qualität abgeschlossen. Seit September wird am Innenausbau gearbeitet. Nach wie vor liegt der Baufortschritt aller Gewerke vor dem ursprünglichen Terminplan und das trotz einiger notwendiger Planänderungen: Die Maßnahmen zur Barrierefreiheit wurden erweitert. Über einen Hublifter am Haupteingang, einen rollstuhlgerechten Aufzug, eine besondere Beleuchtung sowie Induktionsschleifen für Hörbeeinträchtigte wird eine barrierefreie Nutzung des Gebäudes möglich sein. Im EG befinden sich ein multifunktionaler Raum, der mit einer mobilen Bühne ausgestattet werden kann.“

Die Synagoge befindet sich im 1. OG. Aufgrund des guten Baufortschritts wird von einer Fertigstellung Ende 2023 und Übergabe an die Nutzer:innen im Frühjahr 2024 ausgegangen.

Es war ein langer, fast zehnjähriger anstrengender Weg bis zur Errichtung des Gebäudes. Auf diesem Weg wurde viel gestritten, es wurden aber auch Kompromisse gefunden und umgesetzt. So wird das Gemeindezentrum ein architektonisch und technisch modernes Gebäude sein, das gleichzeitig einer jahrhundertelangen Tradition im Synagogenbau folgt.

Seit Beginn der Planungen stehen wir in aktivem Austausch mit Potsdamer Gemeinden und gestalten die zukünftige Nutzung als Heimat für Kinder, Senioren und Seniorinnen und allen Gemeindemitgliedern. So fand am 21. September 2022 unser erster gemeinsamer Runder Tisch zum zukünftigen Nutzungskonzept statt. Die Gespräche wurden am 15. Dezember fortgesetzt. Im Synagogenzentrum Potsdam wollen wir das Gemeinschaftsgefühl aller Potsdamer Jüdinnen und Juden stärken. Die Synagoge und das Gemeindezentrum, auf deren Fertigstellung sich die überwiegende Mehrheit der hier lebenden jüdischen Gemeinschaft sehr freut, werden das jüdische Leben in Potsdam und im Land Brandenburg vielfältig erweitern.“

Abraham Lehrer, Präsident der ZWST: (...) mit dem Richtfest feiern wir die hervorragende Leistung aller am Bau Beteiligten, besonders der Handwerkerinnen und Handwerker und Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter. Alle Diskussionen, Kompromisse, aber auch die vielen Besuchenden hier um die Baustelle zeigen das große öffentliche Interesse an unserem gemeinsamen Vorhaben. Wir, die ZWST haben die Verpflichtung übernommen, das Haus mit Leben zu füllen. Damit schaffen wir einen gesellschaftlichen Mittelpunkt für die größer und vielfältiger werdende jüdische Gemeinschaft in Brandenburg.“

Das Land Brandenburg finanziert den Bau mit rund 15,9 Millionen Euro. Bauherr ist der Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) als zentraler Partner der Landesverwaltung Brandenburg. Architekt ist Jost Haberland (Haberland Architekten BDA, Berlin).

Israelreise der BAGFW

EINZIGARTIGE BEZIEHUNG ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND ISRAEL



Empfang beim Israelischen Staatspräsidenten Jitzchak Herzog, vorne li.: BAGFW-Präsident Ulrich Lillie, re: Bundesfamilienministerin Lisa Paus.
Foto: Deutsche Botschaft Tel Aviv / Elad Malka

Vom 11. bis 15. September haben Repräsentant:innen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege gemeinsam mit Bundesfamilienministerin Lisa Paus eine Informationsreise durch Israel unternommen. Die Israelreise wird seit 1992 regelmäßig im Abstand von mehreren Jahren auf Initiative der ZWST durchgeführt und hat das Ziel, mit Politiker:innen, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Partnerorganisationen in den Austausch zu treten. Dieses Jahr ging es in den Gesprächen um Themen, die die Gesellschaften und Wohlfahrtsstrukturen beider Länder aktuell tiefgreifend beschäftigen: Armutsbekämpfung, allgemeine Preissteigerungen, Chancengleichheit, Innovation. Zum Programm gehörte ein Besuch der Knesset, der Gedenkstätte Yad Vashem und ein Austausch mit dem israelischen Staatspräsidenten Jitzchak Herzog. Weiterhin wurden zivilgesellschaftliche und soziale Einrichtungen sowie örtliche Partnerorganisationen besucht.

ZWST-Präsident Abraham Lehrer betont: „Diese besondere Reise hat sich nicht nur als einmalige Gelegenheit bewährt, zu konkreten politischen und sozialen Herausforderungen in den gemeinsamen Austausch zu kommen und somit die Kooperation und Partnerschaft zwischen den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege zu stärken. Sie ist auch ein unumstößliches Bekenntnis zur einzigartigen Beziehung zwischen Deutschland und Israel und entspricht dem Willen und Wunsch beider Länder, voneinander zu lernen und miteinander zu wachsen.“

In seinem Blog vom 16. September schildert der Präsident der BAGFW und der Diakonie, Pfarrer Ulrich Lillie, seine Eindrücke – ein ganz besonderer Reisebericht.

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien
Wohlfahrtspflege

Ulrich Lilie bloggt

AUF EIN WORT - DER PRÄSIDENT DER DIAKONIE ZUR ISRAELREISE DER BAGFW

Jeder Mensch hat einen Namen

„Gute fünf Tage waren wir im September auf Einladung unserer Geschwister von der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland zu Gast in Israel. Begleitet von der Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus und einigen ihrer Mitarbeiter:innen hatten wir Gelegenheit zu sehr interessanten gemeinsamen Gesprächen, etwa mit dem Deutschen Botschafter Steffen Seibert und dem Leiter des ZDF-Studios für den Nahen Osten Michael Beyerle. Wir hatten die große Ehre, vom Präsidenten des Staates Israel Isaac Herzog zu einem Austausch über unser deutsches System der Wohlfahrtspflege eingeladen zu sein.

Modell Subsidiarität

Er zeigte sich sehr beeindruckt sowohl von der Leistungsfähigkeit der sechs Verbände als auch vom besonderen subsidiären Aufbau der gemeinnützigen Hilfen für Menschen in Not in Deutschland. Vielleicht ein Modell für Israel mit seinem großen Netzwerk an NGOs in der Pflege und in der Sozial- und Beratungsarbeit?

Seit 30 Jahren besteht diese gute Tradition einer gemeinsamen Reise nun, und ich hatte Gelegenheit, zweimal mit dabei sein zu dürfen. Immer öffnen sich neue Perspektiven in den politischen Gesprächen und Begegnungen: Etwa mit dem beeindruckenden Minister Israels für Labour, Social Affairs and Social Services Meir Cohen, der seine Arbeit vor allem als friedensstiftende Brücke zwischen den sehr unterschiedlichen Menschen im Land versteht. Im kleinen vertraulichen Kreis sprachen wir auch mit der nicht weniger beeindruckenden Gesundheitsministerin der palästinensischen Autonomiebehörde Dr. Mai al-Kaila in Ramallah, die unter schwierigen politischen Bedingungen um eine bestmögliche Versorgung der palästinensischen Bevölkerung ringt. Und nicht zuletzt haben wir auch bei dieser Reise wieder zahllose Anregungen von den Vor-Ort-Besuchen in sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen in den palästinensischen Autonomiegebieten wie in Israel mitnehmen können:

Beeindruckende Praxis

Da ist der Rettungsdienst „Magen David Adom“ (Roter Schild Davids) mit seinen - wie es dem stellvertretenden Direktor besonders wichtig war - bezahlten und nicht-bezahlten Mitarbeitenden jüdischen, muslimischen und gar keinen Glaubens, die hochprofessionell Seite an Seite um das Leben und die schnellst- und bestmögliche Versorgung von Anschlag- wie von Unfallopfern und Erkrankten kämpfen.

Da ist das fachlich bestechende Förderzentrum für (Kleinst-)Kinder mit angeborenen Sehbehinderungen und deren Eltern: Mit einer facettenreichen Therapie wird geholfen, Entwicklungsverzögerungen zu kompensieren oder sogar zu verhindern und werden Eltern beraten und unterstützt, um Überforderung zu vermeiden. Da ist die segensreiche Arbeit des Roten Halbmondes, der mit

einer Ambulanz auf vier Rädern schwangere Frauen in den ländlichen Gebieten der Autonomiegebiete versorgt. - Ich nehme sehr viele Bilder, sehr viele Anregungen aus einer faszinierenden Reihe von Gesprächen und Begegnungen mit nach Hause.

Erinnerung wachhalten

Ein besonderer Höhepunkt war unser gemeinsamer Besuch in Yad Vashem, der internationalen Gedenkstätte an die Menschheitsverbrechen des Holocausts. Hier hatten die Ministerin Paus und ich die Ehre, nach einer uns alle tief beeindruckenden und erschütternden Führung einen Kranz in der Gedenkhalle für die Opfer der Shoa niederzulegen und eine Rede zu halten.

Meine Rede können Sie auf der Website der Diakonie unter meinem Blog nachlesen (s.u.).



Jeder Mensch hat einen Namen. Ulrich Lilie in der Gedenkstätte Yad Vashem. Foto: Deutsche Botschaft Tel Aviv / Elad Malka

Beschämend

Noch am Abend dieses Besuches schickte mir Abraham Lehrer, der Präsident der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, im Hotel kommentarlos die Nachricht über einen antisemitischen Angriff auf einen Rabbi und seinen Sohn in der Berliner S-Bahn am gleichen Tag. Es ist unerträglich und beschämend, dass ausgerechnet in Deutschland solche schrecklichen Gewalttaten wieder möglich sind.

Unser aller entschiedenes Eintreten gegen jede Form von Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bleibt unsere vornehmste Pflicht.“ Ulrich Lilie, 16. September 2022



Quelle: Website der Diakonie

ZWST Interview - Im Gespräch

Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbandes VdK, zu:

Abschöpfung von Vermögen, gerechte Steuerpolitik, Unterstützung und Förderung von pflegenden Angehörigen, Prävention im Gesundheitssystem, Barrierefreiheit und Inklusion



© VdK / Marlene Gawrisch

Verena Bentele - Kurzvita

- seit 2018: Präsidentin des größten deutschen Sozialverbandes, dem VdK. Sie vertritt damit die sozialpolitischen Interessen von über 2,1 Mio. Menschen
- 2014 bis 2018: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
- 1995 bis 2011: Mitglied der paralympischen Nationalmannschaft im Skilanglauf und Biathlon. Sie gewann u.a. 12x Gold bei den Paralympics und 4x Gold bei den Weltmeisterschaften
- 2013: Besteigung des Kilimandscharo und als erster blinder Mensch auch des Mount Meru im selben Bergmassiv
- Dez. 2021: Vizepräsidentin des Deutschen Olympischen Sportbundes
- 2021: Veröffentlichung des Buches: „Wir denken neu. Damit sich Deutschland nicht weiter spaltet“
- Soziales Engagement: u.a. Mitarbeit beim SV Zukunft/ Coaching für Schüler mit schwieriger Perspektive, Botschafterin der Christoffel Blindenmission

Sehr geehrte Frau Bentele, trotz aller Probleme und der aktuellen Krise leben wir in einem Wohlstandsland. Doch wie zuletzt auch der 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigte, wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer. Das betrifft nicht nur Bevölkerungsgruppen, die sowieso oft unter der Armutsgrenze leben, sondern kommt durch Rezession und Inflation zunehmend auch in der Mitte unserer Gesellschaft an. Was müsste sich ändern, um dieser sich abzeichnenden Polarisierung entgegenzuwirken?

„Wir müssen die Umverteilung von unten nach oben stoppen und umkehren. Die ganz Reichen haben es auch während der Corona-Pandemie geschafft, ihre Vermögen deutlich zu vergrößern. Manche Unternehmen konnten Rekordgewinne einfahren und hohe Dividenden auszahlen. Währenddessen haben viele ärmere Menschen ihren Mini-Job verloren und können kaum ihre Energierechnungen bezahlen. Manche sind in ihrer Existenz bedroht. Schon jetzt werden Einsparungen im Sozialen diskutiert, um die ganzen Sonderausgaben zu finanzieren. Das kann aber nicht die Lösung sein. Der VdK fordert, dass die Krisenkosten über eine Vermögensabgabe refinanziert werden. All jene, die mehr als zwei Million Euro Vermögen besitzen, sollten diese zahlen. Das betrifft gerade einmal ein Prozent der Deutschen. Selbst genutztes Wohneigentum wäre ausgenommen.“

Auch die Steuerpolitik muss grundsätzlich gerecht gestaltet werden: Steuerhinterziehung muss gestoppt, die Erbschafts- und Vermögenssteuer reformiert werden. Eine Finanztransaktionssteuer oder eine Digitalsteuer könnte auch internationale Konzerne heranziehen. Der VdK lehnt es ganz klar ab, dass Verbrauchssteuern erhöht werden. Sie treffen besonders ärmere Menschen. Stattdessen sollte die Mehrwertsteuer auf gesunde, pflanzliche Lebensmittel und Arzneimittel abgeschafft werden.“

Die Auswirkungen der Energiekrise verschärfen diese Situation: durch 36 % Verteuerung der Energie und 15 % Verteuerung von Lebensmitteln gegenüber dem Vorjahr. Auch Einrichtungen und soziale Dienste, wie z.B. KiTas und Pflegeheime werden stärker belastet. Inwiefern müssten die Entlastungsmaßnahmen der Ampelkoalition gezielter eingesetzt werden, um da anzukommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden? „Um Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser in der Energiekrise zu entlasten, hat die Bundesregierung schnell ein aus Steuermitteln finanziertes Hilfsprogramm im Volumen von insgesamt acht Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Ihnen werden rückwirkend bis zum Oktober 2022 nachgewiesene Mehrkosten für Energie direkt erstattet. Ab März 2023 wird auch dort die Gas- und Wärmepreisbremse greifen. Bewohner:innen von Pflegeheimen können zudem Wohngeld beantragen. Die Zahlungen erhöhen sich ab Januar von durch-

„Es ändert die Perspektive, wenn sich Menschen mit Behinderung für Menschen ohne Behinderung einsetzen.“

schnittlich 177 Euro auf etwa 370 Euro pro Monat. Die steigenden Kosten für Lebensmittel werden in der Regel auf die Bewohner:innen umgelegt. Das ist die übliche Praxis, da diese Lebenshaltungskosten auch zuhause anfallen würden. Der VdK wünscht sich aber an einer anderen Stelle eine Entlastung: die Betroffenen sollten von den gesamten Pflegekosten befreit werden. Diese sollte die Pflegeversicherung komplett übernehmen. Hier sind in den letzten Monaten, aufgrund der tariflichen Bezahlung der Pflegekräfte, die Kosten an stärksten gestiegen. Auf der anderen Seite erhalten die zuhause Gepflegten zu wenig Unterstützung mit Blick auf die horrenden Kostensteigerungen. Wer etwa als Angehörige den Beruf an den Nagel gehängt hat, um zu pflegen, geht bei der Zahlung der Energiepreispause leer aus. Diese Menschen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.“

Schon jetzt ist die Situation von Pflegenden in den jeweiligen Einrichtungen prekär. Aufgrund der starken Arbeitsbelastung und schlechten Arbeitsbedingungen wird sich diese Situation noch verschärfen, immer weniger Menschen sind bereit, in diesen Berufen zu arbeiten. Was muss sich im Gesundheitssystem ändern? „Wir werden es niemals schaffen, so viele Fachkräfte auszubilden oder zurück in den Beruf zu bringen wie nötig. Der Blick ins Ausland verbietet sich, weil die Pflegekräfte dort gebraucht werden. Deshalb müssen wir die Pflege komplett neu denken und die hermetisch geschlossene Welt der Einrichtungen und deren Versorgung aufbrechen. Angehörige sollten sich auch weiterhin an der Versorgung ihrer Pflegebedürftigen beteiligen dürfen. Dies muss ihnen aber etwas nutzen, wie eine Ersparnis bei den Kosten für einen Pflegeplatz. Doch die meisten Pflegebedürftigen – nämlich drei von vier – werden nicht in Pflegeeinrichtungen betreut, sondern zuhause. Wir sprechen hier von rund drei Millionen Menschen, die von ihren Angehörigen gepflegt werden. Sie sind es, die bei der häuslichen Pflege dringend Unterstützung brauchen. Aber seit Jahren richtet sich die Pflegepolitik zu sehr auf die stationäre Versorgung aus. Die häusliche Pflege ist schon lange in einer prekären Lage. Wer zuhause pflegt, ist oft sieben Tage die Woche, 24 Stunden täglich beschäftigt. Viele der Pflegenden, die sich um Mütter, Väter, Großeltern oder ein (erwachsenes) Kind mit einem Pflegebedarf kümmern, sind schlicht am Ende ihrer Kraft. Das hat die aktuelle VdK-Pflegestudie zur Nächstenpflege mehr als deutlich gezeigt. Sie warten seit 2017 vergeblich darauf, dass das Pflegegeld erhöht wird. Obwohl es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, geschieht nichts. Hinzu kommt, dass pflegende Angehörige nur wenige Rentenpunkte für die Pflege erhalten. Einen Lohn oder Lohnersatz bekommen sie nicht. Deshalb fordert der VdK einen Lohn für pflegende Angehörige, die Einführung eines Entlastungsbudgets und mehr Angebote wie etwa den verbindlichen Anspruch auf einen Tagespflegeplatz. Oberste Priorität muss aber die Prävention haben. So könnten wir die Menschen länger vor Pflegebedürftig-

keit schützen und Heim- oder Krankenhausaufenthalte vermeiden. Aber bisher verdient die Pflege- und Gesundheitsbranche gut daran, dass Menschen erkranken oder sich ihr Gesundheits- und Pflegezustand verschlechtert.“

Deutschland zählt bezüglich der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum für Menschen mit einer Einschränkung nicht gerade zu den Spitzenreitern. Die Behinderten- und Betroffenenverbände fordern schon lange uneingeschränkte Barrierefreiheit im Sinne der Inklusion. Was sind Ihre Forderungen als Präsidentin des größten Sozialverbandes? Was bedeutet für Sie persönlich Inklusion? „Zehn Prozent der Bevölkerung sind schwerbehindert und auf Barrierefreiheit angewiesen. Doch letztendlich profitieren alle von einer Umwelt ohne Barrieren: Wer mit Gepäck, Kinderwagen, Rollatoren oder aus Krankheitsgründen mit Krücken unterwegs ist, weiß das gut. Aber in Deutschland sind wir noch meilenweit von den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu Barrierefreiheit und gleichberechtigter Teilhabe entfernt. Ohne gesetzliche Verpflichtung geht es viel zu langsam voran. Deshalb müssen Fördermittel, die für öffentliche Bauvorhaben, den Ausbau des ÖPNV sowie die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt werden, zwingend an die Verpflichtung zur Barrierefreiheit geknüpft werden. Es braucht unbedingt auch gesetzliche Vorgaben für öffentliche Gebäude wie Restaurants, Kinos und Theater. Diese müssen überprüft und bei Nichteinhaltung sanktioniert werden. Der gesamte öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sollte bis zum 1. Januar 2022 barrierefrei ausgebaut werden. Das Ziel wurde nicht erfüllt. Im Koalitionsvertrag ist nun die Frist bis zum Jahr 2026 gesetzt. Hier muss mit Hochdruck gebaut werden. Bund und Länder müssen mit dem angekündigten Ausbau- und Modernisierungspakt den barrierefreien Ausbau dringend voranbringen. Aber auch im Bereich des Regional- und Fernverkehrs braucht es große Anstrengungen. Fast die Hälfte aller Bahnhöfe in Deutschland ist nicht barrierefrei, dies muss sich ändern. Inklusion bedeutet für mich nicht, dass eine Welt für Menschen mit Behinderung minimal angepasst wird, sondern dass Menschen mit und ohne Behinderung die Welt gemeinsam gestalten. In einem inklusiven Arbeitsmarkt können beispielsweise auch Menschen mit Behinderungen ihre Potenziale einbringen und werden über diese Potenziale definiert. Ein gutes Beispiel für Inklusion ist auch, dass sich Menschen mit Behinderungen ehrenamtlich engagieren können und wollen. Es ändert die Perspektive, wenn sich Menschen mit Behinderungen für Menschen ohne Behinderungen einsetzen. Alle Menschen brauchen irgendwann einmal Hilfe und Unterstützung.“

Herzlichen Dank, liebe Frau Bentele ! Die ZWST wünscht Ihnen und dem VdK viel Kraft und Erfolg für Ihre soziale Arbeit! HvB, ZWST

ZWST-Kampagne zur Energiekrise

Zielgerechte Entlastung betroffener Bevölkerungsgruppen und Einrichtungen

20

Die Energiekrise, als eine der Folgen des Angriffskrieges auf die Ukraine, bedeutet eine große gesellschaftliche Herausforderung und trifft nicht alle Menschen gleichermaßen.

Vor allem Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, Rentner:innen, Studierende, Transferleistungsempfänger:innen, prekär Beschäftigte, Alleinerziehende und andere einkommensschwache Bevölkerungsgruppen sind von Inflation und einhergehenden Preissteigerungen betroffen. Durch 36 % Verteuerung der Energie und 15 % Verteuerung von Lebensmitteln gegenüber dem Vorjahr können zunehmend auch vorher nicht betroffene Menschen zu vulnerablen Gruppen zählen. Aufgrund steigender Preise werden zusätzlich Einrichtungen und soziale Dienste, wie z.B. KiTas und Pflegeheime stärker belastet. Laut Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Armutsforscher in Deutschland, werden insbesondere viele Familien im Winter die Hälfte ihres Einkommens für die Warmmiete ausgeben müssen.

Wie und warum betrifft das die jüdische Gemeinschaft im Besonderen?

Nahezu alle Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, ein Großteil ist in den vergangenen 30 Jahren aus Russland, der Ukraine, Weißrussland, dem Baltikum und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion zugewandert. Diese oft hoch qualifizierte Zielgruppe hat aufgrund der Nichtanerkennung ihrer Berufsabschlüsse, einem erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt und Tätigkeiten im Niedriglohnssektor mit Brüchen in ihrer Erwerbsbiografie zu kämpfen. 69 % (geb. vor 1954) haben einen akademischen Abschluss, 78 % leben ohne Anerkennung ihres Abschlusses in Deutschland. Die draus resultierende Altersarmut betrifft rund 70.000 jüdische Senior:innen, 93 % der jüdischen Zugewanderten im Rentenalter beziehen Grundsicherung. Darunter befinden sich viele Menschen, die den Holocaust überlebt haben. Dazu kommt der hohe demografische Anteil älterer Menschen in der jüdischen Gemeinschaft.

Die ZWST als jüdischer Wohlfahrtsverband macht auf Missstände und Risiken aufmerksam und fordert:

- Finanzielle Entlastungen und Maßnahmen der Preisdeckelung müssen sich an den Bedarfen der Menschen orientieren.
- Die Absicherung von Einrichtungen und Diensten der sozialen Daseinsvorsorge ist unentbehrlich für die Festigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
- Das Aussetzen von Strom- und Gassperren sowie ein Kündigungs- und Räumungsmoratorium. Mieter:innen dürfen aufgrund von Zahlungsrückständen durch steigende Nebenkostenabrechnungen nicht wohnungslos werden. Energieversorger dürfen aufgrund nicht zahlbarer Abschläge nicht ihre Lieferungen einstellen.
- Eine angemessene und sanktionsfreie Grundsicherung
- Krisen sind immer ein Katalysator für vereinfachte Erklärungsmuster, antisemitische Narrative, Propaganda und Verschwörungen. Ihnen muss gesellschaftlich Einhalt geboten werden.
- Die ZWST fordert weiterhin uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine.

Die Forderungen der ZWST finden sich hier:

